Abend-Ausgabe Nr. 53 Dienstag, 1. Februar 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Verlaufs. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Verlauf d. Morgen- u. Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Rumäniens Außenminister in Belgrad

Gemeinsame Besprechungen mit Prinzregent Paul

Belgrad, 1. Februar.

Der rumänische Außenminister Micescu traf am Dienstag kurz nach 9 Uhr, von Genf kommend, auf dem Belgrader Hauptbahnhof ein. Zu seiner Begrüßung hatte sich Ministerpräsident und Außenminister Dr. Stojadinowitsch mit seinem Kabinettschef Protitsch und den beiden Staatssekretären im Außenministerium eingefunden.

Die Staaten des Balkanbundes und die Tschechoslowakei waren durch ihre Gesandten vertreten. Micescu hatte gegen 11 Uhr eine erste Begegnung mit Stojadinowitsch. Beide fuhren dann zum Prinzregenten Paul, bei dem auch ein Frühstück im kleinen Kreise stattfindet.

Ein Programm für den Frieden

Belgrad, 1. Februar.

Der Hauptschriftleiter des jugoslawischen Blattes „Balkan" setzt am Dienstag seine begeisterte Schilderung über seine Eindrücke aus Deutschland fort. Er knüpft daran folgende Betrachtung: „Deutschland gibt uns mit seiner Wiedergeburt ein Beispiel, wie man arbeiten soll. Besser als irgendwo anders weiß man heute in Deutschland, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft ist. So treffen wir uns auf dem natürlichsten Wege mit dem Deutschen Reich, das den Aufbau auf allen Gebieten will. Dieses Programm kann man aber nicht im Krieg, sondern nur im Frieden durchführen."

Deutsche Seeoffiziere in Addis Abeba

Rom, 1. Februar.

Eine Offiziersabordnung des deutschen Kreuzers „Emden" ist von Massaua aus über Asmara im Flugzeug in Addis Abeba eingetroffen, wo sie auf dem Flughafen vom deutschen Konsul und der deutschen Kolonie, dem Adjutanten des Vizekönigs und zahlreichen hohen italienischen Offizieren herzlich begrüßt wurde. Zu Ehren des Kommandanten Bürkner, der zusammen mit seinem Adjutanten als Gast im Palast des Herzogs von Aosta wohnte, gab der Vizekönig den deutschen Offizieren ein Frühstück, während am Abend in dem deutschen Konsulat ein großer Empfang stattfand. Am Dienstagvormittag sind die deutschen Offiziere im Flugzeug nach Massaua zurückgekehrt.

Schwimmkran im Hamburger Hafen umgestürzt

Schweres Unglück durch Sturmbö verursacht - Zwei Tote

Hamburg, 1. Februar.

Ein schweres Unglück ereignete sich am Dienstag gegen 7,30 Uhr im Hamburger Hafen. Am Kranhöft am Alfakanal wurde ein großer Schwimmkran einer Hamburger Kohlenfirma von einer heftigen Sturmbö erfaßt, losgerissen und auf den Strom getrieben. Dort warf der Sturm den Kran auf die Seite, so daß er schließlich zum Teil in den Fluten versank. An Bord befanden sich zur Zeit des Unglücks acht Männer, die sich in den Mannschaftsräumen aufhielten. Sechs von ihnen konnten gerettet werden, während zwei eingeschlossen blieben und als tot bezeichnet werden, da keine Aussicht auf Rettung besteht.

Auf die Meldung „Menschenleben in Gefahr" rückte die Hamburger Feuerwehr mit mehreren Zügen und Löschbooten, die Polizei mit einigen Barkassen an die Unfallstelle aus. Mit Schneideapparaten verschafften sich die Feuerwehrleute Zutritt zu dem über Wasser liegenden Teil des Fahrzeuges. Sie befreiten sechs Männer aus ihrer gefährlichen Lage. Zwei Verunglückte befinden sich in einem Raum unter Wasser. Taucher versuchten vergeblich, die Eingeschlossenen lebend zu bergen.

Dächer vom Sturm in Palermo abgedeckt

Rom, 1. Februar.

Ein ungemein heftiger Wirbelsturm hat in Palermo und Umgebung beträchtlichen Schaden angerichtet. Im Hafen sind einige Schiffe zusammengestoßen und dabei, wenn auch zumeist nur leicht, beschädigt worden. Die KdF-Schiffe „Oceana", „Der Deutsche" und „Sierra Cordoba" sind völlig verschont geblieben, konnten aber erst mit zehnstündiger Verspätung ihre Fahrt nach Venedig fortsetzen. In Palermo und den benachbarten Ortschaften wurden zahlreiche Telegraphenmasten und Bäume umgerissen und verschiedene Dächer ganz oder teilweise abgedeckt, doch sind Menschen glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Zuspitzung der türkisch-französischen Gegensätze

Sandschak Alexandrette erneut heiß umstritten - Unterredungen in Paris

Beirut, 1. Februar.

Der Höchstkommandierende der französischen Levantetruppen in Syrien und im Libanon, General Huntziger, der unerwartet nach Paris berufen wurde, ist am Dienstag abgereist. Politische Kreise bringen dies in Zusammenhang mit einer außerordentlichen französisch-türkischen Zuspitzung in der Sandschak-Frage.

Die türkische Regierung sandte nach Paris sehr scharfe Denkschriften und Proteste. Sie wird nicht gewillt sein, ihre Landsleute im Sandschak mit Kompromissen abspeisen zu lassen, wie sie erst kürzlich in Genf erhandelt wurden, sondern Ankara will sehen, daß seine Rechte und die der Türken im Sandschak gewahrt werden. Die trotz des Sandschakstatuts dauernd von französischer Seite her erfolgenden Unterdrückungen können in Zukunft zu ernsten Verwicklungen zwischen Paris und Ankara führen.

Britischer Großeinsatz in Palästina

Jerusalem, 1. Februar.

Im Zusammenhang mit der neuerlichen Aufruhrbewegung in Nordpalästina erfolgte am Montag ein Großeinsatz britischer Truppen, die die Gegend von Nablus und Jenin systematisch absuchen sollen. Angeblich ist es im Jenin-Bezirk bereits zu einem Gefecht mit arabischen Freischärlern gekommen.

Japan besteht auf den 4 Punkten der Friedensbedingung

Anerkennung der Peking-Regierung nach Durchführung der Vereinheitlichung

Tokio, 1. Februar.

Außenminister Hirota erklärte am Dienstag vor dem Etatsausschuß, Japan werde mit dem neuen Regime in China erst dann über den Frieden verhandeln, wenn dieses Regime die Vereinheitlichung Chinas durchgeführt habe und als Zentralregierung anerkannt werde. Grundlage der Friedensverhandlungen blieben die vier Punkte (Unterbindung japanfeindlicher Agitation, Bildung einer neuen Regierung, Wirtschaftszusammenarbeit mit Tokio, Bekämpfung des Bolschewismus), die Mitte Januar von der bisherigen Regierung abgelehnt worden waren.

Auf die Frage, ob und wo japanische Garnisonen in China verblieben, antworteten Hirota und auch der Kriegsminister, hierüber werde erst nach Beendigung des Konfliktes zu entscheiden sein. Die Garnisonen sollten zur Unterstützung der neuen chinesischen Regierung und als Garantie für die Durchführung der Friedensbedingungen, sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung dienen. Wie aus den Ausführungen des Außenministers weiter hervorgeht, strebt Japan einen Abschluß eines Wirtschaftsvertrages mit ganz China an.

Schädliche Lehren japanischer Gelehrter

Tokio, 1. Februar.

Die Polizei verhaftete am Dienstag früh in Tokio zehn Anhänger von linksradikalen Verbänden. Unter den Festgenommenen befinden sich zwei Professoren von der Kaiserlichen Universität und außerdem Professor Minobe von der Hosei-Universität. Minobe ist der Sohn des bekannten Staatsrechtlers Minobe, der wegen seiner viel umstrittenen Organ-Theorie, die die Stellung des japanischen Kaisers als Religions- und Staatsoberhaupt angreift, unter der Anklage der Majestätsbeleidigung stand und zur Niederlegung seines Lehrauftrages und seiner Oberhausmitgliedschaft gezwungen wurde.

Randbemerkungen

England schlägt Moskau ein Schnippchen

Es ist noch gar nicht lange her, daß Sowjetrußland an die Staaten, die mit ihm diplomatisch verkehren, das Begehren herantrug, die Zahl der ausländischen Konsulate in der Sowjetunion herabzusetzen. Und zwar sollte die herabgesetzte Zahl dann der jeweiligen Zahl sowjetrussischer Konsulate in den betreffenden Ländern entsprechen. Nun begnügt sich aber Moskau in fast jedem Staate mit einem einzigen Konsulat, woraus der Kreml die Schlußfolgerung zieht, daß sich fremde Mächte in der Sowjetunion demnach auch nur mit einem Konsulat zufriedengeben müßten. Dementsprechend lautete der Befehl über die Auflösung von mehr als zwanzig ausländischen Konsulaten in den sowjetrussischen Städten. Freilich hatte dieser Befehl einen ganz bestimmten Hintergrund. Den bolschewistischen Machthabern war es sehr unangenehm, daß sich die Konsulate gerade in Leningrad häuften. In Leningrad kann man nämlich viel sehen, weil in der Nähe dieser ehemals zaristischen Hauptstadt der Kriegshafen Kronstadt gelegen ist, der in kurzem völlig modernisiert und zum größten westlichen Flottenstützpunkt der Sowjetunion ausgebaut werden soll. So etwas muß natürlich unter dem Mantel der Verschwiegenheit und der Unsichtbarkeit geschehen. Das geht fremde Beobachter gar nichts an. Nur deshalb suchte man sie aus Leningrad zu entfernen. London aber wußte genau, wo des Pudels Kern zu suchen war, und erkannte, wie wichtig gerade ein Konsulat in Leningrad für die Zukunft ist. Trotzdem hat England den Aufforderungen des Kremls nach der Parität sowjetrussischer Konsulate in England bzw. englischer Konsulate in Sowjetrußland entsprochen: Auch London hat heute nur noch mehr einen einzigen Konsul in der Sowjetunion. Aber dieser Mann haust nicht im Schatten des Kremls. Nein, gerade das Moskauer Konsulat hat man aufgehoben und das in Leningrad hat man belassen. Die Geschäfte des ehemaligen Moskauer Konsuls hat man einem Mitglied der englischen Gesandtschaft übertragen; formell also hat man dem russischen Begehren voll Rechnung getragen. Englische Schlauheit hat es also verstanden, einen anderen Weg zu gehen, als die Sowjetrussen sich gedacht hatten. Was aber wollen die Herren Stalin und Litwinow-Finkelstein jetzt dagegen machen? Gerade die Genfer Verhandlungen der letzten Tage haben ja gezeigt, daß sich der rote Außenkommissar nahezu die Beine ausreißt, um England für seine Pläne im Fernen Osten zu gewinnen und eine gemeinsame Front der „westlichen Demokratien" mit Sowjetrußland gegen Tokio herzustellen. Sowjetrußland buhlt um Englands Gunst. Unter diesen Umständen wird es also der Kreml kaum wagen, Großbritannien zu verprellen, indem er die kategorische Forderung stellt, daß das englische Konsulat in Leningrad aufgehoben werden muß. Er wird voraussichtlich großzügig den Londoner Beobachter dulden.

„Nur für die Rechte Gottes"?

„Ich selbst oder die Bischöfe oder auch meine Priester treiben keine Politik. Wer dies behauptet, stellt sich in Widerspruch zur Wahrheit. Wir treiben Religion und kämpfen für die Rechte Gottes." So ähnlich äußerte sich Papst Pius XI. vor kurzem vor der Weltöffentlichkeit. Eigenartig allerdings, daß diese Worte mit den Taten des Vatikans in seltsamem Widerspruch stehen. Warum zeichnet die päpstliche Kurie prominente Volksfrontpolitiker mit dem Orden des „Stellvertreters Christi auf Erden" aus? Natürlich nur Religion! Religion, weil ja auch die Volksfront niemals über Gottlosigkeit gesprochen oder gottlos gehandelt hätte, weil ja der Moskauer Kreml die Religion der Sowjetbürger unangetastet läßt und die Priester nicht enthauptet oder erschießt. Oder hat der Vatikan etwas Gegenteiliges gehört? Wie käme er sonst zu solch seltsamen Anwandlungen, die Brust von roten Funktionären mit christlichen Sternen zu schmücken? Weiter: In einem Paragraphen des allerkirchlichsten Gesetzbuches steht geschrieben, daß sich Geistliche nicht mit parlamentarischen Angelegenheiten zu befassen hätten, es sei denn mit ausdrücklicher Genehmigung des Vatikans. Demnach müssen die Herren Kaas und Brüning die ausdrückliche Genehmigung „Seiner Heiligkeit" besessen haben, da sie sonst niemals die Geschicke von Völkern hätten beeinflussen können. Aber wie gesagt, der Vatikan treibt nicht Politik. Monsignore Schramek, Minister der tschechischen Regierung, verteidigt in der Oeffentlichkeit das Militärbündnis zwischen Prag und Moskau. Verstößt das, um mit den Worten des Papstes zu sprechen, „gegen die Wahrheit"? Die Prager Presse schreibt, daß kürzlich der tschechische Gesandte den „Heiligen Vater" besuchte und in einer Privataudienz den „Segen für die tschechoslowakische Nation" erhielt. Das ist auch nicht Politik, obwohl der Papst ganz genau weiß, daß es eine tschechoslowakische Nation nicht gibt, da er vor Jahren an die „slowakische Nation" einen Dankbrief richtete. Heute will er damit sagen, daß ihm die Politik der Herren Benesch und Hodza, die den tschechischen Nationalitätenstaat gegen den Willen der Sudetendeutschen und Slowaken zu einem tschechoslowakischen Nationalstaat umfälschen will, sehr gelegen kommt. Aber das ist ja nur ein „religiöser" Segen. Trotzdem möchte man hoffen, daß sich der Kardinalstaatssekretär in Zukunft etwas besinnt, ehe er den Heiligen Vater auf politische Kreuzzüge ausgehen läßt und einen Greis mißbraucht, um aus „heiligstem" Munde die eigenen Ideen kundtun zu lassen.